

Gestern Koran, heute Krise

Die Niederlande wählen – und streiten nicht mehr über den Islam, sondern über Europa

Vor den Parlamentswahlen kommende Woche hat sich die Debatte in den Niederlanden verändert: Nicht mehr um Zuwanderung geht es, sondern um Sparen oder Investieren.

Tobias Müller, Amsterdam

Wenige Tage vor den Neuwahlen zum niederländischen Parlament am Mittwoch stehen die Zeichen auf Hochspannung: Bis auf einen Sitz ist die sozialdemokratische Partei für die Arbeit (PvdA) an die marktliberale Volkspartei für Freiheit und Demokratie (VVD) herangerückt (siehe Grafik). Eine Reihe gewonnener TV-Debatten besetzte der zuvor abgeschlagenen PvdA und ihrem Spitzenkandidaten Diederik Samsom eine beispiellose Aufholjagd. Zuerst überflügelten sie die starke Sozialistische Partei (SP), und nun schicken sie sich an, auch VVD-Ministerpräsident Mark Rutte noch abzufangen. Eine dramatischere Kampagne hat Den Haag lange nicht gesehen.

Neben der Frage, wie angesichts der traditionell komplexen Mehrheitsverhältnisse überhaupt eine Regierung gebildet werden kann, steht bei diesen Wahlen die Wirtschaft im Vordergrund. Im fünften Jahr der Krise, nach der Herabstufung der grossen Banken, dem Absturz des Immobilienmarkts und den schmerzhaften Folgen der bis-

herigen Sparmassnahmen scheint das grosse Thema der Zeit zu sein: Braucht es noch mehr Austerität?

Die politische Bruchlinie verläuft entlang der Frage: Sparen oder Investieren? Auf der einen Seite steht die VVD, die die Arbeit des letzten Rutte-Kabinetts fortsetzen und ein weiteres Sparpaket schnüren will. 24 Milliarden Euro schwer, verteilt auf soziale Sicherheit, Gesundheit und Entwicklungshilfe. Auf der anderen Seite sind die Sozialisten, die seit Jahresbeginn auf einer Erfolgswelle schwimmen. Sie wollen mit einem 3 Milliarden Euro schweren Investitionsprogramm für einen ökonomischen Kickstart sorgen und die Lasten der Krise umverteilen.

«Halb umgefallenes Europa»

Gradmesser für den Kurs der Parteien ist die von der Europäischen Union vorgegebene Verschuldungsgrenze von 3 Prozent des Bruttoinlandprodukts. Am Streit darüber war im April die Minderheitskoalition aus VVD und Christlichdemokraten unter Tolerierung der Rechtspopulisten gescheitert. Während die damalige Koalition ebenso wie kleinere linksliberale Parteien die Marke als verbindlich ansehen, fordern SP und Sozialdemokraten einen flexiblen Umgang, der auch die gesellschaftlichen Umstände berücksichtigt. Für die rechtspopulistische Freiheitspartei von Geert Wilders (PVV) ist die 3-Prozent-Regelung ohnehin eine Zumutung.

Vor dem Hintergrund der letzten zehn Jahre fällt in diesem Wahlkampf vor allem eines auf: die völlige Abwesenheit der Debatte um Zuwanderung und Integration. 2012 scheint das Motto «Krise statt Koran» zu lauten, der darbenende Immobilienmarkt erhält mehr Aufmerksamkeit als die Immigration. «Plötzlich wird es still um die Ausländer», titelte die Tageszeitung «Volkskrant». Sie zitierte Yuba Zalen, Mitglied des Kooperationsverbands marokkanischer Niederländer (SMN): «Ironischerweise braucht es offen-

sichtlich ein halb umgefallenes Europa, um die Aufmerksamkeit von den Migranten abzulenken.»

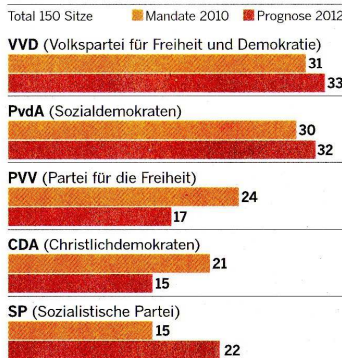
Wilders will EU-Austritt

Selbst Wilders' latent zuwanderungsfeindliche PVV hat ihren Fokus justiert. Statt der Muslime ist nun der vermeintliche europäische Superstaat Ziel der rabiaten Rhetorik. Das Wahlprogramm ist eine einzige Absage an Brüssel: Die PVV will den Austritt aus EU und Euro-Zone. Unlängst schlug Wilders eine Brücke zwischen der Migration und Europa. Er begründete die Exit-Ambitionen damit, dass die Niederlande ausserhalb der EU wieder selbst über ihre Grenzen verfügen könnten, um die «Masseneinwanderung» zu stoppen.

Nicht nur bei der PVV spielt Europa eine wichtige Rolle im Wahlkampf. Von den drei grössten Parteien sind die Sozialdemokraten am pro-europäischsten. Die Sozialisten lehnen den Euro-Rettungsschirm (ESM) ab und knüpfen jede weitere politische Integration an ein Referendum. Die VVD will ihrerseits niedrigere Mitgliedsbeiträge und mehr Kontrollmöglichkeiten der nationalen Parlamente. Für den letzten Paukenschlag vor den Wahlen sorgte der Ministerpräsident selbst. In einer Debatte orakelte er, ein Austritt Griechenlands aus der Euro-Zone könnte unvermeidlich werden. In Brüssel dürfte man am Mittwoch mit Anspannung nach Den Haag blicken.

Sozialisten im Aufwind

Sitzverteilung der grössten Parteien



Quelle: www.allegepeilingen.com